

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: DDR-Österreich - Bildungspolitik - Entwicklungshilfe - Tarifkonflikt - Währungspolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1978) : Kurz kommentiert: DDR-Österreich - Bildungspolitik - Entwicklungshilfe - Tarifkonflikt - Währungspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 58, Iss. 4, pp. 166-167

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135176>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KURZ KOMMENTIERT

DDR—Österreich

Aufwertungshonorar

Der Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Kreisky in der DDR wird der politischen Vorreiterrolle gerecht, die Österreich seit langem in den Ost-West-Beziehungen innehat. Es handelt sich hier um den ersten offiziellen Besuch nicht nur eines österreichischen Staatsmannes, sondern eines westlichen Staatsmannes in der DDR überhaupt. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet ging das neutrale Österreich oft voraus — so schloß es im Jahre 1973 das erste Handelsabkommen und im Jahre 1974 das erste Kooperationsabkommen auf Regierungsebene mit der DDR —, doch schlugen sich diese Aktivitäten nicht in den erwarteten Zuwachsraten des Handelsumsatzes nieder.

So dürfte Kreiskys Besuch vor allem mit der Absicht erfolgt sein, den Handel, insbesondere die seit Jahren rückläufigen Ausfuhren Österreichs in die DDR, zu beleben. Der Anfang hierfür war mit der Vereinbarung eines Kreditrahmens in Höhe von 6 Mrd. Schilling (ca. 860 Mill. DM) bereits Ende 1977 gemacht worden. Die Ausfüllung dieses Rahmens folgte mit einer Reihe von jetzt bekanntgemachten Einzelgeschäften — häufig auf Kompensationsbasis. Aufhorchen lassen die Kooperationsaktivitäten beider Länder. Die für Tunesien, den Iran, Algerien und Syrien vereinbarten Drittländer-Kooperationen u. a. auf dem Bausektor nehmen sich angesichts der gegenwärtig eher abgeflauten west-östlichen Kooperationsstätigkeit recht beachtlich aus.

Diese Entwicklung erweckt zusammen mit den hohen Einkäufen in Österreich den Eindruck, daß die DDR eine politische Aufwertung, wie sie sie durch den Besuch Kreiskys erfuhr, ähnlich wie vor der politischen Anerkennungswelle in den Jahren 1972 und 1973 mit wirtschaftlichem Entgegenkommen zu honorieren bereit ist. Dies wiegt insofern besonders schwer, als die Außenwirtschaftspolitik der DDR gegenwärtig auf eine umfassende Verminderung von Westeinfuhren abzielt. ud

Bildungspolitik

Notdürftige Retuschen

Der Wissenschaftsrat bezeichnete kürzlich die Laufbahnstruktur des öffentlichen Dienstes als eine Ursache der gegenwärtig mangelhaften Anpassungsflexibilität zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem. Er fordert deshalb unter an-

derem die Zusammenlegung des gehobenen und höheren Dienstes zu einer durchgehenden Laufbahn mit einheitlicher Eingangsstufe. Da über 70 % aller Akademiker im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, ist es durchaus verständlich, wenn der Wissenschaftsrat glaubt, gerade in diesem Sektor den Hebel ansetzen zu müssen. Wegen fehlender Finanzmittel sind in absehbarer Zeit keine spektakulären Ausweitungen bei Akademikerstellen möglich; aber auch hiervon abgesehen ist im öffentlichen Dienst — und auch in der privaten Wirtschaft — die Zahl der hochqualifizierten Positionen nicht im Ausmaß der zukünftig zu erwartenden Bewerbungen von Hochschulabsolventen vermehrbar.

Die Vorstellungen des Wissenschaftsrats laufen darauf hinaus, die Erwartungshaltung der Absolventen hinsichtlich Beschäftigungs- und Sozialstatus kräftig nach unten zu korrigieren. Man hofft damit zweierlei zu erreichen: Ein Teil der Studienberechtigten wird wegen der verschlechterten Perspektiven gar nicht erst anfangen zu studieren, und für den Rest eröffnen sich zusätzliche Betätigungsfelder. Dieser Mechanismus kann aber keinesfalls zu einer echten Mehrnachfrage nach Akademikern führen. Der Weg in eine unterwertige Beschäftigung — denn um nichts anderes handelt es sich bei den vorgeschlagenen Maßnahmen — ist für den einzelnen unbefriedigend, ganz zu schweigen davon, ob es sich unsere Volkswirtschaft auf die Dauer leisten kann, erhebliche Ressourcen zur Produktion von Kenntnissen und Fähigkeiten bereitzustellen, die in diesem Umfang gar nicht benötigt werden. Es wäre hilfreicher, wenn sich der Wissenschaftsrat dieser Kernfrage stellen würde. Seine Empfehlungen sind letztlich nichts anderes als notdürftige Retuschen an einem weiterbestehenden Akademikerüberhang. rr

Entwicklungshilfe

Blamabler Zustand

Daß das Volumen der öffentlichen Entwicklungshilfe bislang denkbar unbefriedigend, ja beschämend gering war, hat sich herumgesprochen. Auch das jetzt vorgelegte finanzielle Ergebnis unserer entwicklungspolitischen Zusammenarbeit im Jahr 1977 dokumentiert diesen blamablen Zustand. Die staatliche Entwicklungshilfe ging um 300 Mill. DM auf knapp 3,2 Mrd. DM zurück. Der Anteil dieser Hilfe am Bruttosozialprodukt hat mit 0,27 % einen historischen Tiefpunkt erreicht, der bei einer rascheren konjunkturellen Erholung noch weitaus niedriger hätte ausfallen können. Nur der starken

Zunahme der Transfers der Wirtschaft auf 9,5 Mrd. DM ist es zu verdanken, daß die gesamten Netto-Leistungen der BRD 1977 mit 13,3 Mrd. DM gerade noch das Vorjahresergebnis erreichten.

Die Kritik, die sich seit Jahren schon an der entwicklungspolitischen „Knauserigkeit“ der Deutschen international wie national entzündet, wird im politischen Bereich inzwischen erfreulicherweise etwas ernster genommen. Die Bundesregierung hat den Entwicklungsetat für 1978 überdurchschnittlich stark heraufgesetzt sowie gleichzeitig ihr unverbindliches Uraltversprechen erneuert, die Erreichung des 0,7 %-Ziels der UN auch weiterhin anzustreben.

Der politischen Basis der Koalition scheint dies aber nicht mehr zu genügen. Beide Koalitionsparteien haben sich in ihren entwicklungspolitischen Programmen zum sogenannten „Stufenplan“ bekannt, der die deutsche Entwicklungshilfe unabhängig von politischer Opportunität in absehbarer Zeit automatisch an das 0,7 %-Ziel heranzuführen soll. Die FDP forderte in den Mitte März vorgelegten „Thesen zur Dritte-Welt-Politik“ ferner die Erreichung des Ziels „möglichst“ in der kommenden Legislaturperiode. Damit hat sie sich allerdings de facto kaum weiter vorgewagt als die SPD, die sich zu einer exakten Terminierung bislang ebenfalls nicht durchringen konnte. Immerhin scheint die Verdrossenheit über das stets aufs neue verfehlte entwicklungspolitische Klassenziel inzwischen so groß zu sein, daß für den Stufenplan gewisse Erfolgsaussichten bestehen. bo

Tarifkonflikt

Stuttgarter Modell

Der Stuttgarter Abschluß der Tarifverhandlungen in der Metallindustrie brachte für den Tarifbezirk Nordbaden/Nordwürttemberg eine Lohnerhöhung, die sich einschließlich der gezahlten Pauschalen für Januar bis März auf einen Prozentsatz von ca. 5,4 % des durchschnittlichen Tariflohnes beläuft. Weiterhin wurde eine Absicherung der Arbeitnehmer gegen Herabgruppierungen vereinbart, die die Folgen von Rationalisierungsmaßnahmen mildern soll. Hierzu ist zu erwähnen, daß solche Regelungen üblicherweise in Lohnrahmenabkommen und Manteltarifverträgen festgelegt werden, hier aber unter dem Druck der aktuellen Arbeitskampsituation zustande kamen. Demnach ist vorstellbar, daß weitergehende Ansprüche in den noch zu verhandelnden Manteltarifen und Lohnrahmen nachgeschoben werden könnten.

Die nun von der IG-Metall erhobenen Forderungen nach Übertragung des Stuttgarter Ergebnisses

auf andere Tarifbezirke, weil dies bisher traditionell so gehandhabt wurde, vermögen angesichts der bezirksspezifischen – in anderen Metalltarifbezirken nicht zur Debatte stehenden – Absicherungsregelung, der regional unterschiedlichen Wirtschaftslage der Metallindustrie und auch der Arbeitslosenentwicklung, die sich hier negativer als in anderen Industrien darstellt, nicht recht zu überzeugen. Dabei sei einmal von der grundsätzlicheren Kritik an der Höhe des Abschlusses abgesehen, der im Hinblick auf die angestrebte gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate umstritten ist. cri

Währungspolitik

Deutsch-amerikanische Konvergenz?

In den deutsch-amerikanischen Währungsvereinbarungen von Mitte März wurden erste Ansätze zu einer währungspolitischen Konvergenz und damit zur Aufgabe des – wie ein EG-Minister überspitzt formulierte – „game of chicken“ deutlich: Danach wollten die USA sehen, wie weit der Dollar fallen könne, bevor die Bundesrepublik zu Stimulierungsmaßnahmen gezwungen sei, während die Bundesrepublik erkennen wollte, wie weit der Dollar sinken könne, bevor die USA seinen Fall bremsen müßten. Der jetzt angekündigte Verkauf amerikanischen Goldes für Interventionszwecke kann – zusammengesesehen mit der Erweiterung des Interventionspotentials im deutsch-amerikanischen Abkommen (Verdopplung der Swaplinie auf 4 Mrd. \$, Verkauf von 600 Mill. SZR an die Bundesbank, Bereitschaft, auf die 5 Mrd. \$-Reserveposition im Fonds zurückzugreifen) zumindest als Signal interpretiert werden, daß die USA den Dollarkurs nicht mehr als Druckmittel nutzen wollen.

Möglicherweise ist dies mit darauf zurückzuführen, daß sich gewisse Ansätze zu einer kooperativen Lösung bei den „Fundamentals“ andeuten. Im Abkommen anerkannten die USA zwar die prioritäre Notwendigkeit des Abbaus ihres ölbedingten Defizits, aber andererseits machten die konstatierten Ursachen für die grundlegenden Störfaktoren auch die Handlungsnotwendigkeit der anderen Seite deutlich. Diese Notwendigkeit wird auch von der EG-Kommission gesehen. Und angesichts der wohl wieder hinter der Projektion zurückbleibenden deutschen Wachstumsrate würde sich Bonn kaum einer gemeinsamen europäischen Aktion im Sinne der Konvoi-Theorie entziehen können. Äußerungen des deutschen Wirtschaftsministers, daß Konjunkturanreize kaum vor Mai möglich sind, geben zumindest Spekulationen auf einen „deutschen Beitrag“ auf dem Wirtschaftsgipfel im Juli Auftrieb. kr